

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/207

27. Oktober 1976

Barometer für die Glaubwürdigkeit der Verständigungs-
bereitschaft

Berlin will mit seiner Umgebung im Frieden leben und zu-
sammenarbeiten

Von Klaus Schütz

Regierender Bürgermeister und SPD-Landesvorsitzender von
Berlin

Seite 1 / 39 Zeilen

Stop für die Arzneimittel-Skandale

Wiederholungen müssen rigoros ausgeschaltet werden

Von Adolf Scheu MdB

Mitglied des Wirtschaftsausschusses des Bundestages

Seite 2 und 3 / 59 Zeilen

Chance für größere Objektivität

Plädoyer für ständige parlamentarische Untersuchungsaus-
schüsse

Von Hans-Jürgen Augstein MdB

Seite 4 und 5 / 52 Zeilen

Tadeusz Kawczynskis Reise in die eigene Vergangenheit

Polnischer Rentner besuchte Bremen auf Einladung von Bür-
germeister Koschnick

Seite 6 und 7 / 78 Zeilen

Neue Rufnummer :

219036/39

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120-108
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 09 88 846-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 06 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Barometer für die Glaubwürdigkeit der Verständigungsbereitschaft

Berlin will mit seiner Umgebung im Frieden leben und zusammenarbeiten

Von Klaus Schütz

Regierender Bürgermeister und SPD-Landesvorsitzender von Berlin

Die Bundesrepublik und Berlin wollen in Frieden leben und alle Politik auf dieses Ziel hin ausrichten. Und wie gefährdete Orte eine starke Selbstbehauptungskraft hervorbringen, so haben sie auch ein herausragendes Bewußtsein für die Notwendigkeit des Friedens. Das ist auch das Motiv, aus dem heraus wir in Berlin gemeinsam mit der Bundesregierung Ansätze gesucht und gefunden haben, um mit dem anderen deutschen Staat, der DDR, die unsere Stadt umgibt, in bessere Beziehungen zu kommen.

Im politischen Zusammenhang mit der Politik der Bundesrepublik gegenüber der Sowjetunion und ihren Verbündeten haben die Vier Mächte, die in Berlin seit Ende des zweiten Weltkrieges Verantwortung tragen, im Jahre 1971 ein Abkommen geschlossen, das 1972 in Kraft trat. Es hat manche Unklarheit und Ungereimtheit aus der Vergangenheit beseitigt und hilft, den Menschen in Berlin das Leben zu erleichtern. Ich will jetzt nicht im einzelnen die Vorzüge und Schwierigkeiten ausbreiten, die sich aus den verschiedenen Vereinbarungen und Regelungen ergeben. Aber ich möchte doch dieses sagen:

Wir haben es geschafft, die Sonderrolle, zu der wir durch den Kalten Krieg ein Vierteljahrhundert gezwungen waren, im wesentlichen hinter uns zu lassen. Wir täuschen uns allerdings nicht darüber, daß uns trotz allem Besonderheiten geblieben sind. Darum wird Berlin auch weiterhin das Barometer sein, an dem der Stand und die Ernsthaftigkeit und die Glaubwürdigkeit der Bemühungen um Verständigung und Ausgleich und Kooperation in den beiden deutschen Staaten und in Europa abgelesen werden können.

Berlin selbst, das in der Vergangenheit so manchen Anstoß zur Politik des Friedens gegeben hat, wird weiterhin das Seine dazu beitragen, um das schwierige Geschäft des Friedens voranzubringen. Das konnten wir aber nur tun und das werden wir auch künftig nur tun können, weil wir uns - trotz mancher Fragen und Zweifel und Enttäuschungen - immer stützen durften nicht nur auf den eigenen Willen zur Selbstbehauptung, sondern auch und gerade auf die Solidarität und die Kraft guter Freunde in der Welt.

Berlin hat den Wunsch, mit seiner Umgebung in ausgeglichenen Verhältnissen zu leben und, wenn möglich, zusammenzuarbeiten. Dabei gibt es Schwierigkeiten, wo es auch im wohlverstandenen Interesse der anderen Seite keine Schwierigkeiten geben muß. Aber es gibt auch immer wieder Zeichen, die Hoffnung machen. Auf sie setzen wir.

Auf dem Boden unserer Grundsätze, die da heißen Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit, und ausgehend von unseren Überzeugungen bleiben wir kooperationsbereit, aufgeschlossen und flexibel. Dann auch unterschiedliche Gesellschaftssysteme und Ideologien können nebeneinander in Frieden leben und sogar gemeinsame Ziele ansteuern, wenn sie nur wollen. (-/27.10.1976/va/pr/ee)

+ + +

Stop für die Arzneimittel-Skandale

Wiederholungen müssen rigoros ausgeschaltet werden

Von Adolf Scheu MdB

Mitglied des Wirtschaftsausschusses des Bundestages

Seit Wochen macht der sog. Wuppertaler Arzneimittel-Skandal in der bundesdeutschen Presse Furore. Die Staatsanwaltschaft Wuppertal hatte ermittelt, daß Arzneimittel-Vertreter und Apotheker schwinnhafte Geschäfte mit Arzneimittel-Ärztemustern getrieben haben. Neuerdings sollen auch Ärzte in die Sache verwickelt sein. In großem Umfang sollen nämlich Ärztemuster zu normalen Packungen umfriert, ja sogar unverpackt worden sein. Wenn man bedenkt, daß die Arzneimittel-Industrie bei einem Jahresumsatz von etwa elf Milliarden DM solche "unverkäuflichen" Ärztemuster in einem Jahr für 500 Millionen DM zur Verfügung stellt, kann man sich ein Bild machen, welchen Umfang dieser Skandal haben kann.

Inzwischen wurde durch die mehrwöchigen staatsanwaltschaftlichen Erhebungen festgestellt, daß der Skandal durchaus kein spezieller Wuppertal-Skandal ist, sondern bundesweite Bedeutung hat. Neun Mitglieder einer Kripo-Sonderkommission und drei Mitglieder einer Sonderkommission der Staatsanwaltschaft haben bisher ermittelt, daß etwa 60 bis 70 Beschäftigte bzw. Vertreter der pharmazeutischen Industrie, etwa 40 Apotheken und fünf Ärzte aus dem ganzen Bundesgebiet in die Sache verwickelt sind. Wenn man unterstellt - was nach den bisherigen Ermittlungen nicht ohne Berechtigung ist -, daß nur ein viertel der unverkäuflichen Ärztemuster auf diese Weise verkauft wurden, so hat der Skandal in einem Jahr einen Umfang von fünf Millionen DM erreicht, zumal nach bisherigen Feststellungen die Ärztemuster zu normalen Endverkaufspreisen verschauert wurden.

Sofort nach Bekanntwerden des Skandals richtete ich eine parlamentarische Anfrage an die Bundesregierung, ob die bisherigen Gesetzeanormen genügen, um einen Stop der Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung auf diesem Gebiet ebenso herbeizuführen, wie den Schutz der Volksgesundheit zu

garantieren, die zweifellos durch das Umpacken von Ärztemustern im höchsten Maße gefährdet sein kann.

Darauf gab Staatssekretär Prof. Dr. Joachim Wolters vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit folgende Antwort: "Die Bundesregierung kennt die Pressemeldungen, nach denen in nicht unerheblichem Umfang unverkäufliche Ärztemuster von Ärztebesuchern und Apothekern entgegen ihrer Zweckbestimmung widerrechtlich verkauft worden sein sollen. Die staatsanwalt-schaftlichen Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen. Ich bitte daher um Ihr Verständnis, daß zu den Vorgängen im einzelnen noch keine Äußerungen abgegeben werden können. Die Abgabe von Arzneimittelmustern ist sowohl im geltenden Arzneimittelgesetz als auch in dem erst kürzlich verabschiedeten neuen Arzneimittelgesetz vom 24. August 1976 (BGBl. I S. 2445) auf einen Umfang, der dem Zwecke der Erprobung angemessen ist, beschränkt. Darüber hinaus sind im neuen Arzneimittelgesetz die Nachweispflicht und die Kontrollbefugnisse der zuständigen Behörde verschärft worden. Nach § 47 Abs. 3 Satz 2 des Gesetzes hat der pharmazeutische Unternehmer über die Empfänger von Mustern sowie Art, Umfang und Zeitpunkt der Abgabe Nachweise zu führen und auf Verlangen der zuständigen Behörde vorzulegen. Das gleiche gilt nach § 76 Abs. 2 aber auch für die Pharmaberater (= Ärztebesucher). Diese Vorschriften geben in Zukunft den zuständigen Überwachungsbehörden der Länder die Möglichkeit, die Abgabe und den Verbleib von Ärztemustern besser als bisher zu kontrollieren."

Der Deutsche Apothekertag verlangte ein Verbot der Ärztemuster auch in dem Umfang, den das neue Gesetz vorsieht. Wenn sich nach Abschluß der bundesweiten Ermittlungen herausstellen sollte, daß das 1976 beschlossene neue Arzneimittel-Gesetz nicht voll genügt, müssen weitere gesetzliche Initiativen erfolgen, um eine Wiederholung der nach den bisherigen Ermittlungen vorwiegend für das Jahr 1975 festgestellten Fälle für alle Zeiten rigoros auszuschalten.

Eine "bessere Kontrollmöglichkeit über Abgabe und Verbleib von Ärztemustern durch die Überwachungsbehörden der Länder" wird aber wahrscheinlich noch zu wenig sein. Die Kontrolle muß so sicher sein, daß kein Mißbrauch mehr getrieben werden kann.
(-/27.10.1976/vs/pr/ee)

+ + +

Chance für größere Objektivität

Plädoyer für ständige parlamentarische Untersuchungsausschüsse

Von Hans-Jürgen Augstein MdB

Die bisherige Praxis parlamentarischer Untersuchungen wird von kaum jemandem als befriedigend empfunden. Das liegt nicht nur daran, daß fast alle Verfahren wie das Hornberger Schießen endeten, und daß fast nie die nötigen Konsequenzen gezogen worden sind. Schuld daran ist auch die geltende Regelung, wie sie durch Grundgesetz und Geschäftsordnung des Bundestages vorgesehen ist. An ihr wird aus aktuellem Anlaß stets Kritik geübt. Geändert hat man gleichwohl aber nichts.

Jetzt, am Ende einer alten und am Beginn einer neuen Legislaturperiode, wäre die günstige Gelegenheit, wenigstens ansatzweise eine Verbesserung zu erzielen. Der 8. Deutsche Bundestag sollte, wenn er die Ständigen Ausschüsse bildet und einsetzt, von vornherein zwei oder drei Untersuchungsausschüsse besetzen, um sie gleichsam in Reserve zu halten. Dabei wäre es wichtig, von Anfang an alle Mitglieder dieser zwei oder drei Untersuchungsausschüsse zu benennen und natürlich auch die Vorsitzenden und deren Stellvertreter. Wenn dann das Parlament beschließt, daß ein bestimmtes Thema von einem Untersuchungsausschuß behandelt werden soll, dann würde der 1. Ausschuß tätig und so fort.

Dieses Verfahren, das wiederholt in modifizierter Weise vorgeschlagen worden ist und das auch bei den Beratungen der Enquête-Kommission für die Reform des Grundgesetzes eine Rolle gespielt hat, sollte jetzt verwirklicht werden. Würde man sich nicht dazu entschließen können, dann käme dies einer weiteren Vertagung des Problems um vier Jahre gleich. Das aber ist im Interesse der Sache und wegen der Glaubwürdigkeit des Parlaments und seiner

Fähigkeit und Bereitschaft, objektive Untersuchungen durchzuführen, zu vermeiden.

Gerade um die Verbesserung der Objektivität der Untersuchungsverfahren geht es. Die bisherige Übung ist geeignet, den Verdacht aufkommen zu lassen, daß die Fraktionen die Untersuchungsausschüsse nach anderen als zweckdienlichen Gesichtspunkten besetzen würden. Der Vorsitzende im Guillaume-Untersuchungsausschuß hatte ganz offensichtlich die Aufgabe, sich für den hessischen Landtagswahlkampf zu profilieren. Die Versuchung, für einen Untersuchungsausschuß spezielle Kandidaten zu benennen, die besonders fähig erscheinen, ihre Tätigkeit in politische Propaganda umzumünzen, ist unübersehbar. Ihr wurde oft genug nachgegeben. Das neue Verfahren könnte sicherstellen, daß solche unerwünschten und dem Ziel der Untersuchung entgegenstehende Effekte unterbleiben. Sachbezogenheit und Objektivität hätten größere Chancen.

Da Untersuchungsausschüsse zum Teil richterliche Befugnisse besitzen, ist es nicht abwegig, wenn auch noch ein anderes Argument herangezogen wird. Die rechtsstaatliche Ordnung verbietet es aus guten Gründen, jemanden seinem gesetzlichen Richter zu entziehen. Sondergerichte gibt es nicht. Untersuchungsausschüsse dagegen werden erst im nachhinein eingesetzt und in Kenntnis der zu untersuchenden Beschuldigten und Beschuldigungen besetzt. Das ist eine fragwürdige, ja rechtsstaatlich unkorrekte Regelung. Die prophylaktisch bereits eingesetzten Untersuchungsausschüsse wären geeignet, solche Bedenken völlig auszuachalten.

Um diesen Vorschlag zu realisieren, bedarf es keiner Änderung des Grundgesetzes und nur geringer Änderungen der Geschäftsordnung des Bundestages. Da das neugewählte Parlament die Geschäftsordnung ohnehin neu beschließen wird, vermutlich mit Änderungen, sollte es diesen wichtigen Schritt zur Reform des parlamentarischen Untersuchungswesens gleich mitvollziehen.

(-/27.10.1976/vo/pr/ee)

+ + +

Tadeusz Kawczynski's Reise in die eigene Vergangenheit

Polnischer Rentner besuchte Bremen auf Einladung von Bürgermeister Koschnick

Dieser Tage traf im Bremer Rathaus ein Brief aus Polen ein. Absender war Tadeusz Kawczynski, ein Rentner aus Gdansk (Danzig). Er schrieb an Bürgermeister Hans Koschnick: "Herzlichen Dank für den Aufenthalt in meiner Geburtsstadt Bremen. Meine Erinnerungen an eine schöne Kindheit sind Wirklichkeit geworden." Und Tadeusz Kawczynski schloß: "Möge der Vertrag zwischen Gdansk und Bremen zu näheren Kontakten zwischen der Bevölkerung führen. Wir sind alle Europäer."

Das ist nun der vorläufige Schlußpunkt unter eine Geschichte, die im April dieses Jahres vor dem historischen Rathaus von Danzig begonnen hatte. Damals, wenige Minuten vor der feierlichen Unterzeichnung der "Rahmenvereinbarung Bremen-Gdansk", mit der beide Städte sich ein breites Feld künftiger enger Zusammenarbeit eröffneten, faßte sich Tadeusz Kawczynski ein Herz. Bevor Bremens Bürgermeister Koschnick die Treppen zum Rathaus hinaufeilte, überreichte ihm Tadeusz Kawczynski einen Brief. Darin stand: "Ich bin geboren in Bremen am 19. Juni 1909 und habe dort die St.-Marien-Schule besucht in den Jahren von 1915 bis 1919. Dann zogen meine Eltern nach Polen. Also - seit 1919 habe ich meine Geburtsstadt nicht mehr gesehen. Jetzt bin ich Einwohner der Stadt Gdansk und seit sieben Jahren Rentner. In diesen Tagen wird zwischen der Freien Hansestadt Bremen und der Stadt Gdansk ein Vertrag unterschrieben wegen besserer Kontakte. Daher richte ich an Sie die Bitte, ob Sie es mir ermöglichen können, nach 57 Jahren Bremen noch einmal wiederzusehen. Aus meiner Kindheit erinnere ich mich an die Weser, an das Rathaus, an den Roland, den Wall, die Bremer Stadtmusikanten und das Museum. Das alles möchte ich gerne noch einmal sehen."

Nachdem er zunächst eine mündliche Einladung ausgesprochen hatte, reagierte Bürgermeister Koschnick auf diese Bitte auch schriftlich: "... möchte ich Sie hiermit herzlich einladen, für eine Woche Gast des Senats der Freien Hansestadt Bremen zu sein. Falls Sie verheiratet sind, gilt diese Einladung selbstverständlich auch für Ihre Ehefrau."

Dann vergingen einige Wochen des Wartens, bis am 15. September die Nachricht im Rathaus eintraf: "Meine Frau und ich haben unser Visum erhalten. Am 17. September treffen wir mit MS 'General S. Poplawski' in Bremerhaven ein. Ich warte mit Sehnsucht auf das Wiedersehen mit meiner Geburtsstadt." Und an diesem 17. September begann für Tadeusz Kawczynski die Reise in die eigene Vergangenheit. Er besuchte die Stätten seiner Kindheit und kramte gemeinsam mit Bürgermeister Koschnick in Dokumenten aus seiner Schulzeit. Was er dabei über seine Biografie erzählte, ist ein Stück europäischer Geschichte:

Kawczynski's Vater hatte 1905 als Arbeiter am Sozialistenaufruf in Lodz gegen die Zarenherrschaft teilgenommen. Als dieser Aufstand mißlang,

floh er und kam nach mehreren Tagen über die Grenze des Deutschen Reichs. Kawczynski sen. wollte, wie viele seiner Zeitgenossen, in die USA auswandern, kam deswegen nach Bremen und blieb hier hängen. Er lernte eine junge Polin kennen, und am 19. Juni 1909 wurde Tadeusz geboren. Seine Kindheit verbrachte er in der Wertburgstraße. 1915 wurde er in die Katholische Marien-Schule aufgenommen, die er bis 1919 besuchte. In diesem Jahr wurde erstmals seit über 100 Jahren ein eigenständiger polnischer Staat gegründet, und Kawczynski sen., bei der AG Weser in der Dampfschmiede beschäftigt, kehrte mit seiner Familie nach Lodz zurück, wo seine Geschwister wohnten. Später zog die Familie nach Lemberg, und Tadeusz Kawczynski arbeitete bei der Eisenbahn. 1945, nach der Niederlage des Faschismus, zog er in Danzig in das Haus, das er jetzt noch mit seiner Frau bewohnt, und baute führend und tatkräftig an der Wiederherstellung der Danziger Straßen- und S-Bahn mit, einem Verkehrssystem, dem er heute noch verbunden ist, denn seine Wohnung liegt direkt an einer Strecke der S-Bahn, die Danzig und Gdynia verbindet.

Acht Tage dauerte das Wiedersehen mit der alten Heimat. Dann mußten die Eheleute Christina und Tadeusz Kawczynski aus Gdansk Abschied nehmen von Bremen und Bremerhaven. Die MS "Roman Pazinski" der Polish Ocean Lines, mit der sie nach Gdansk zurückkehrten, verließ Bremerhaven 12 Stunden eher als ursprünglich vorgesehen. Tadeusz Kawczynski hatte dadurch keine Gelegenheit mehr, sich von allen seinen neugewonnenen Freunden in Bremen zu verabschieden. Deswegen bat er einen Journalisten, seine Abschiedsgrüße zu übermitteln. "Meine Frau und ich waren überwältigt von der Herzlichkeit, mit der wir empfangen worden sind," sagte er. Er sei überzeugt davon, daß Besuche und Begegnungen dazu beitragen könnten, eine dauerhafte Brücke der Verständigung zwischen den Staaten und den Völkern zu bauen.

Am Vorabend waren die Kawczynskis noch Gast der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bremen/Bremerhaven gewesen; bei dieser Gelegenheit traf Tadeusz Kawczynski auch mit einem seiner früheren Arbeitskollegen von der Eisenbahn in Gdansk zusammen, der heute als Umsiedler in Bremen lebt. Keine großen Worte zum Abschied. Lieber die Einladung zu einem Wiedersehen. Hier und dort. "Ich bin nur ein einfacher Rentner", sagte Tadeusz Kawczynski, "macht nicht soviel Aufhebens um mich."

Aber gäbe es wohl Verständigung zwischen Deutschen und Polen ohne die vielen Namenlosen - ohne die Kawczynskis? Wer soll neue Freundschaft begründen, wenn nicht sie?

Manfred von Scheven
(-/27.10.1976/va/pr/ee)

+ + +